



## Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Bürgerallianz Thüringen e. V. • Kurhausstraße 6 • 36433 Bad Salzungen

**Ministerpräsident  
Herrn Dieter Althaus  
Regierungsstrasse 73**

**99084 Erfurt**

### Öffentliche Willenserklärung

**anlässlich der Demonstration für mehr Gerechtigkeit und Demokratie  
und gegen Zwangsbeiträge bei Abwasser und Straßenausbau  
am 07. Mai 2009 in Erfurt vor dem Thüringer Landtag**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Althaus,

zur Demonstration in Erfurt waren jene Thüringer Regionen stark vertreten, die unter den bestehenden Ungerechtigkeiten besonders leiden.

Als Forderungen an die Thüringer Volksvertreter wurden vorrangig genannt:

Mehr Gerechtigkeit und Demokratie, bessere Arbeitsbedingungen, der Erhalt des Sozialstaates, das Verbot von Zwangsbeiträgen bei Abwasser und Straßenausbau, der Schutz der Natur.

Zur Umsetzung dieser grundsätzlichen Forderungen werden die Wähler zur Landtagswahl am 30. 08. 2009 darauf achten, ob die benannten Kandidaten zum Wohle der Bürger wirken wollen.

Nur vernünftige und gewissenhafte Menschen mit Bürgernähe und ausreichender Intelligenz sollten als Abgeordnete in den Landtag einziehen.

Das aktuelle Urteil des Verfassungsgerichtes zu den Zwangsbeiträgen hat die Grundauffassung der Bürgerallianz bestätigt:

1. Das Verbot von Beiträgen ist verfassungsgerecht!
2. Die willkürliche Methodik der Beitragsermittlung bei Abwasser ist gesetzwidrig!
3. Die kommunale Selbstverwaltung wurde gestärkt.

Jetzt ist die Landesregierung gefordert, somit verbindliche Regelungen für die Aufgabenträger der Abwasserentsorgung zu erlassen, für den Schutz der Bürger vor Willkürmaßnahmen (Zusage vom Thüringer Innenminister Scherer am 07. 05. 09).

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Althaus,

Sie haben im Pressegespräch (06. 05. 09) angekündigt, es soll keine Verschlechterung der bisherigen Regelungen im Abwasserbereich für die Bürger geben.

Dieses Versprechen ist lobenswert und wirkt aktuell auch beruhigend.

Diese Aussage ist aber nicht ausreichend, weil die Anwendung der Privilegierung im Abwasserbereich bisher leider unzureichend und damit teilweise ungerecht geregelt war. (z.B. § 21 a Abs.4 ThürKAG) Auch die noch bestehende verpflichtende Erhebung von Beiträgen für den Straßenausbau (gemäß OVG-Urteil) muss gesetzlich aufgehoben werden. (vgl. Sächsische Regelung)

Bei unseren übrigen Forderungen ist die Statistik der Maßstab:

*\* Thüringen hat das geringste Lohnniveau bundesweit, aber die höchsten Kommunalabgaben!*

*\* Immer noch ca. 50 % der Bevölkerung müssen direkt oder indirekt Zwangsbeiträge bezahlen!*

*\* Die Thüringer haben besonders wenig Vermögen im Vergleich zum Durchschnittsbürger in der Bundesrepublik.*

*\* In Thüringen gelten aktuell ca. 20 % der Bevölkerung als arm!*

*\* Insbesondere junge Menschen verlassen täglich unseren schönen Freistaat.*

Diese Fakten erfordern jetzt gemeinsames Handeln der Volkvertreter – keine Parteipolitik!

Die gesetzliche Abschaffung der unzeitgemäßen und ungerechten Zwangsbeiträge wäre eine geeignete Maßnahme gegen den negativen Trend.

Der Verzicht auf die Zwangsbeiträge ist grundsätzlich gesetzlich möglich, dies wurde auch vom Innenminister Scherer mehrfach bestätigt. Finanzrichtlinien des Landes sind insoweit anzupassen. Infrastrukturell bisher benachteiligte Regionen müssen stärker finanziell unterstützt werden als bisher. Für diese langfristigen Investitionen sollten die Mittel aus dem Konjunkturpaket eingesetzt werden.

Wir erwarten von Ihnen noch vor der Landtagswahl öffentlich ein klares Wort zur Abschaffung der Zwangsbeiträge. Ansonsten wird die CDU wohl erheblich weniger Wählerstimmen erhalten.

Bitte bedenken Sie: Fehlende Landesmittel dürfen nicht länger zu Ungerechtigkeiten gegenüber einem Teil der Bevölkerung führen!

Hier sind Sie als Ministerpräsident persönlich gefordert, weil Ihre wichtigsten Beamten aus den alten Bundesländern offensichtlich immer noch nicht begriffen haben, dass auch nach 20 Jahren Wiedervereinigung immer noch erhebliche Unterschiede in den Lebensbedingungen der Menschen bestehen.

Nur die Partei DIE LINKE und neuerdings die Freien Wähler in Thüringen hatten sich bisher für die Abschaffung der unsäglichen Zwangsbeiträge ausgesprochen. Auf der Demonstration am 07. Mai 2009 schlossen sich die Vertreter aller Parteien und Organisationen der Forderung der Bürgerallianz an.

Die 10 wichtigsten Argumente der Bürgerallianz gegen Zwangsbeiträge sind Ihnen sicher bekannt.

Weiterhin möchten wir Sie an das Gutachten von Prof. F. Kirchhof erinnern, der u. a. von "unzumutbarer Beitragsfinanzierung" gesprochen hat. Nach Prof. F. Kirchhof stellen Beitragsforderungen "empfindliche Eingriffe in die ökonomische Leistungsfähigkeit dar, die bis zur Existenzbedrohung führen können, Landwirtschaft und Wirtschaft gefährden und wegen eines defekten Immobilienmarktes ökonomisch nicht ausgleichbar sind."

Prof. Kirchhof empfiehlt Gebührenfinanzierung nach Verursacherprinzip und Beachtung des Europarechts!

Prof. Driehaus sagt zu diesem Thema – stark verkürzt: "Ohne besonderen Vorteil gibt es keine Beitragserhebung, der besondere Vorteil entsteht regelmäßig nur bei der Erschließung..."

Sollte die Landesregierung trotz der bekannten Sorgen der Bürger kurzfristig keine Maßnahmen zur Problemlösung ergreifen, werden wir gemeinsam ein Volksbegehren in Thüringen vorbereiten.

Die Vertreter der Bürgerinitiativen bieten Ihnen Herr Althaus zum wiederholten Male Gespräche an.

Mit freundlichem Gruß,  
im Auftrag der ca.1.500 Demonstranten der Thüringer Bürgerinitiativen.

gez. Peter Hammen  
Landesvorsitzender der Bürgerallianz Thüringen